

Medienrevolution und Sprache

Über „Sprachverrohung“ und die Auswirkungen von Digitalisierung

HENNING LOBIN

Geboren 1964 in Lüneburg, Professor für Germanistische Linguistik an der Universität Mannheim, Direktor des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache. Zuletzt erschien von ihm „Digital und vernetzt. Das neue Bild der Sprache“ bei Metzler (2018).

Es scheint schlimm zu stehen um den Sprachgebrauch, besonders den politischen, wenn sich Lehrerverbände, Schriftsteller und selbst der Bundes-

präsident besorgt äußern. Von „Sprachverrohung“ ist allenthalben die Rede. Inwieweit ist diese Besorgnis durch die Forschung gedeckt?

Henning Lobin: Die internetbasierten Medien lassen erstmals fassbar werden, was zuvor zumindest wissenschaftlich nicht wahrgenommen werden konnte: die Art und Weise, wie sich Menschen spontan zu bestimmten Themen austauschen. Dieser Austausch findet in Gesprächen,



Foto: © Henning Lobin, Fotograf: T. W. Klein

etwa am viel zitierten Stammtisch, seit jeher statt. Aber erst unter den neuen Kommunikationsbedingungen besteht die Möglichkeit, dabei gewissermaßen mitzuhören. Insofern gibt es bei der Frage, ob Tendenzen einer sogenannten „Sprachverrohung“ erkennbar sind, das methodische Problem einer fehlenden Vergleichsgröße.

„Hate Speech“ wäre demnach möglicherweise gar nichts Neues?

Henning Lobin: „Hate Speech“ hat es schon immer gegeben. Aber ihre Wahrnehmbarkeit ist heute eine andere. Mit den vernetzten digitalen Medien ist es möglich, sich mit anderen, die ähnliche Meinungen

vertreten, zu verbinden und Gruppeneffekte zu erzeugen. So werden ganze kommunikative Lawinen ausgelöst.

Würden Sie Durs Grünbein widersprechen, der eine „ganz klare Radikalisierung“ erkennt?

Henning Lobin: Was die mediale Seite betrifft, würde ich keine klare Radikalisierung sehen. Mit Blick auf parlamentarische Debatten ist aber durchaus nachweisbar, dass sehr polarisierende Äußerungen viel häufiger getätigt werden und mit dem Instrument der Provokationen gearbeitet wird. Auch das hat es schon früher gegeben, wenn Sie etwa an Herbert Wehner, Franz Josef Strauß oder Joschka Fischer

denken. Aber es verband sich mit bestimmten Persönlichkeiten. Heute ist es oftmals bereits auf der mittleren politischen Ebene eine Methode der Positionierung und des Sammels der eigenen Truppen, der Konfrontation mit dem Gegner.

Bei all den Schmähungen und Beleidigungen in den Sozialen Medien liegt der Eindruck einer Radikalisierung doch nahe. Deshalb die Nachfrage: Ist das Netz nicht doch weit mehr als ein Ventil altbekannter Wut und Aggression – ist es nicht eher ein Katalysator für immer neue Empörungsspiralen?

Henning Lobin: Ich bin keineswegs der Meinung, dass alles schon da gewesen und harmlos ist, was dort passiert. Aber mit den Sozialen Medien gibt es zunächst einmal eine neue Qualität der Kommunikation: nämlich die durchaus positiv zu beurteilende Möglichkeit der Vernetzung, die es beispielsweise erlaubt, einzelnen Äußerungen eine sehr große Reichweite zu verleihen. In Vor-Internetzeiten war es vielleicht Zeitungsjournalisten vorbehalten, ähnliche publizistische Wirkungen zu erzielen. Erst kürzlich konnten wir sehen, was für einen Einfluss ein YouTube-Video auf den Europawahlkampf gewinnen konnte. Für die Linguistik stellt sich dabei die sehr interessante Frage, ob sich Sprachwandelphänomene in solchen vernetzten Gemeinschaften womöglich anders darstellen.

Die Debatten für jeden Einzelnen zu öffnen, klingt demokratisch. Aber eine partikularisierte Öffentlichkeit könnte ja auch den Zerfall derselben bedeuten. Was bleibt am Ende, wenn die strukturierende, qualitätssichernde und somit filternde Funktion beispielsweise des

Journalismus entfällt – einer Profession, die man ja nicht grundlos über Jahre erlernen muss? Oder einfacher gefragt: Droht in einer partikularisierten Öffentlichkeit der Verlust der „gemeinsamen Sprache“?

Henning Lobin: Da ist eine aus meiner Sicht naheliegende Veränderung im Gange, nachdem bestimmte „Gatekeeper“ die öffentliche Kommunikation lange geprägt haben. Die „gemeinsame Sprache“ fehlt doch schon heute, denn wir haben es mit einer Reihe von Teilöffentlichkeiten zu tun, die ihre eigenen Kommunikationsformen entwickelt haben. Was sich an Rezo Video sehr gut beobachten lässt, ist, dass eine neue Art der Sprache in die politische Kommunikation Einzug hält. Das irritiert manchen, weil wir sehr stark dadurch geprägt sind, wie öffentlich-rechtliche Medienangebote und große, renommierte Tageszeitungen über Politik berichten.

Rezo spricht seine Zuhörer mit „Du“ an und bringt Wertungen so zum Ausdruck, dass sie die Zuhörer tangieren: Von „krassen Problemen“ ist die Rede, und er macht deutlich, welchen Einfluss bestimmte politische Themen auf die unmittelbare Lebenswelt haben. Abstrakte Begriffe wie „soziale Gerechtigkeit“ übersetzt er griffig: „Wenn du aus einer ärmeren Familie kommst, dann solltest du doch genau die gleichen Chancen haben wie jemand, der reiche Eltern hat.“

Insofern sehe ich vor allem die Möglichkeiten – auch für eine große Volkspartei, die über neue Kanäle mit einer anderen Sprache auch andere Wählergruppen ansprechen kann. Doch ist das eine langfristige Aufgabe, denn es müsste eine Plattform geschaffen werden, in der sich

die authentische Vermittlung eigener Themen entwickeln kann. Das ja zuweilen als „Seniorensender“ bezeichnete ZDF macht es mit dem digitalen Angebot „Funk“ vor.

Medienrevolutionen haben schon früher neue Formen der Auseinandersetzung, auch der persönlichen Herabsetzung, hervorgebracht – denkt man etwa an den Buchdruck oder die Flugblätter zur Lutherzeit. Was hebt die digitale Revolution mit Blick auf die Sprache von früheren medialen Quantensprüngen ab?

Henning Lobin: Aufgrund des medialen Wandels verschieben sich auch die Auffassungen über Sprache. Die Erfindung des Buchdrucks hat den Fokus deutlich auf die Normierung und Standardisierung der Sprache gelenkt – in einem Sprachraum, der damals von Dialekten geprägt war. Verleger und Autoren hatten ein nachvollziehbares publizistisches und wirtschaftliches Interesse an der Vereinheitlichung.

Heute hat die Digitalisierung weitreichenden Einfluss auf Sprachgebrauch und -entwicklung: durch die Automatisierung, also die maschinelle Erzeugung von Sprache und Texten durch den Computer; die Medienintegration, wenn alles in einem Speicher zusammenläuft und so die Verbindung verschiedener Medien enorm erleichtert wird. Der dritte wesentliche Faktor ist die Sozialität aufgrund der Vernetzung. Und der vierte Aspekt geht zurück auf die extrem erhöhte Verfügbarkeit von Informationen und die enorm vereinfachten Prozesse, diese zu erzeugen und weiterzuerweitern: Ich habe eine Demonstration radikaler Gruppen live und parallel auf Twitter verfolgt. Menschen, die mit der einen Hand Fahnen schwenkten, stell-

ten quasi gleichzeitig mit der anderen per Smartphone Fotos und Textnachrichten her und publizierten sie. Das ist eine radikal veränderte Schreib- und Lesesituation, die es zuvor in dieser Form noch nicht gegeben hat.

Wenn auch radikale Überzeugungen überall und zu jeder Zeit verbreitet werden können, stellt sich die Frage, wie demokratische Institutionen auf diesen Ansturm reagieren können: gegenhalten und twittern, bis der Arzt kommt? Oder eher den Windschatten suchen und auf Entschleunigung und Substanz setzen?

Henning Lobin: Es kann keinesfalls darum gehen, wild in der Gegend herumzutwittern. Wenn man einen Nutzen aus den neuen Möglichkeiten ziehen will, ist ein Konzept notwendig, das genau umreißt, was man auf welchem Kanal kommunizieren will. Die verschiedenen Kanäle haben ihre eigenen Qualitäts- und Authentizitätsanforderungen, gerade auch inhaltlicher Art. Sie müssen richtig zugeordnet und aufeinander bezogen werden. In der wissenschaftlichen Kommunikation wird derzeit hinterfragt: Was twittern wir? Was bloggen wir? Was publizieren wir auf herkömmlichem Wege?

Für die politische Kommunikation ergibt sich die gleiche Fragestellung, und sie ist von entscheidender Bedeutung: Manche Parteien, Bewegungen und Gruppierungen setzen inzwischen auf nichts anderes als auf die Mobilisierung durch Soziale Medien. Insofern kommt es auch für die „etablierten“ Parteien oder auch politische Stiftungen darauf an, ein wirklich klares Konzept zu entwickeln und zu verfolgen. Es geht darum, seriös und

substanziell zu bleiben und trotzdem möglichst viel Aufmerksamkeit auf die eigenen Positionen und Inhalte zu lenken. Man kann durchaus auch seriös twittern und eine seriöse Facebook-Präsenz aufbauen, die Netzwerkeffekte erzielt.

Zurück zur Frage der „Sprachverrohung“: Was halten Sie von der gewagten These, dass eine erhöhte Sprachsensibilität das Verlangen nach verstärktem Tabubruch nach sich zieht?

Henning Lobin: Grundsätzlich ist Sprachsensibilität etwas Vernünftiges, das beispielsweise durch entsprechende Bildungsprozesse und -ziele angestrebt werden sollte. Wenn damit aber – sagen wir – eine überhöhte oder missverständliche Sprachsensibilität gemeint ist, ist der Bereich faktischer Sprachverbote angesprochen. Diese sind in Ausnahmefällen wie bei der Holocaustleugnung legitim und sogar strafrechtlich bewehrt. Wenn, davon abgesehen, aber der Eindruck von Übertreibungen entsteht – und wir haben dieses Phänomen aufgrund von Polarisierungseffekten vermehrt zu verzeichnen –, dann ist es, glaube ich, eine Art menschliche Grundeigenschaft, sich gelegentlich dagegen aufzulehnen.

Im Allgemeinen geht es um das Spiel mit Tabubrüchen und ihrer kontrollierten Überschreitung, die wiederum beabsichtigte kommunikative Reaktionen auslöst und insofern Teil des Diskurses ist. Es wird dann problematisch, wenn einerseits die Hürden zu hoch gesetzt und andererseits die Reaktionen zu gewaltig werden.

Der Dichter Marcel Beyer sah in der Verwendung des Begriffs „Volk“ ein Anzeichen für die nach seiner Ansicht

besorgniserregenden Tendenzen im Sprachgebrauch ...

Henning Lobin: Um das Wort „Volk“ braucht man sich keine Sorgen zu machen, und zwar nicht etwa, weil die Kritik daran nichts fruchtet, sondern weil das Wort sehr häufig – gerade *nicht* im „völkischen“ Sinne – verwendet wird. Wer beispielsweise im Digitalen Wörterbuch der Deutschen Sprache nachschlägt, findet fünf Grundbedeutungen, die, wenn man sich die tatsächlichen Verwendungsfälle ansieht, ständig vorkommen und in sehr vielen inhaltlichen Bereichen praktiziert werden. Bei Google-Suchanfragen, auf Twitter lässt sich nachverfolgen: Jeden Tag wird das Wort oft verwendet. Allein im gerade gefeierten Grundgesetz erscheint es 45 Mal als solches oder in Zusammensetzungen. Wenn die einen seine Verwendung kritisieren und andere seine historisch belastete Verwendungsvariante wieder herausstellen wollen, ist das eine Auseinandersetzung, die an der Wirklichkeit der Verwendung dieses Wortes weit vorbeigeht.

Gibt es die Gefahr, bestimmte Begriffe zu stigmatisieren? „Heimat“ ist ein Beispiel: Vor Jahren galt es vielen als verpönt, heute nennen sich selbst trendige Werbeagenturen so. Muss man also an Worten arbeiten, damit sie nicht bestimmten Gruppen überlassen bleiben?

Henning Lobin: Das könnte man sagen, gerade bei einem Begriff, der ebenso wie das Wort „Volk“ ein breites Spektrum alltäglicher Verwendungsweisen besitzt. Politisch motivierten Aufladungsversuchen lässt sich gerade dadurch begegnen, dass

man das Wort erst recht und in seiner gesamten Bandbreite verwendet, sodass die spezifische, möglicherweise tatsächlich anrühige Bedeutung in den Hintergrund tritt.

Ich gehöre dem Jahrgang 1964 an und erinnere mich gut daran, dass in den 1980er-Jahren die deutsche Teilung für viele als eine unumstößliche Gewissheit galt und das Wort „Deutschland“ in Kreisen jüngerer Erwachsener kaum verwendet werden konnte. Seine Verwendung ohne ein vorgeschaltetes „Bundesrepublik“ kam damals schon einem politischen Statement gleich. Durch den Prozess der Wiedervereinigung und die Tatsache, dass unser Land nun einmal „Deutschland“ heißt und nicht mehr von einem anderen deutschen Staat abgegrenzt werden muss, hat es einen völlig neutralen Verwendungszusammenhang bekommen, der keinerlei spezifische Aussage mehr beinhaltet. Das ist ein Beispiel dafür, wie die Aufladung eines Begriffs durch veränderte Rahmenbedingungen und die Intensität der Verwendung „zurückgedreht“ werden kann.

Was ist mit dem Ausdruck „weiße alte Männer“ gemeint und beabsichtigt? Das ist doch „Framing“ – also die Konstruktion eines Deutungsrahmens, in dem Worte eine bewusst manipulative oder pejorative Bedeutung erhalten.

Henning Lobin: Auf alle Fälle ist es ein Phraseologismus. Es soll, und insofern ist es auch ein Frame, die Vorstellung von einem Mann evoziert werden, der seinen beruflichen Werdegang erfolgreich hinter sich hat, über Einfluss und Wohlstand verfügt und aus dieser Position und Perspektive heraus Bewertungen äußert und Entscheidungen trifft. Es handelt sich also

nicht um die Position und Perspektive junger, vielleicht nicht weißer Menschen, nicht von Frauen oder Personen, die andere geschlechtliche Identitäten besitzen. Auf „alte weiße Frauen“ könnte niemand unwidersprochen öffentlich verweisen. „Alter weißer Mann“ wird deshalb noch akzeptiert, weil es hier – so wird es wohl wahrgenommen – keine Gruppe trifft, die als schwach eingeschätzt wird, sondern eine Majorität besitzt und über Möglichkeiten verfügt, sich zu wehren.

In einer Analyse für die Konrad-Adenauer-Stiftung warnen Sie vor einem übermäßigen Gebrauch von Metaphern in der politischen Kommunikation und regen an, häufiger auf sie zu verzichten. Warum?

Henning Lobin: Metaphern sind ein Mittel sprachlicher Gestaltung, bei dem ein Inhaltsbereich auf einen anderen übertragen wird. Oftmals lässt sich so ein besseres Verständnis erzielen – beispielsweise, indem etwas Abstraktes oder Unbekanntes mit dem eigenen Erfahrungsbereich verbunden wird. Wenn ich etwa „Weltraumtaxi“ sage, weiß jeder, was gemeint ist, ohne dass er sich in der Raumfahrt auskennen müsste. In der politischen Kommunikation werden Metaphern nicht allein dazu genutzt, das Verständnis eines Sachverhalts zu erhöhen, sondern der Wahrnehmung eine bestimmte Deutung und Richtung zu geben. In Wahlkämpfen etwa ist diese Strategie sicherlich nicht verkehrt. Aber im politischen Tagesgeschäft sollte sie nicht überbordend verwendet werden.

Mir geht es insbesondere um die parlamentarische Auseinandersetzung – dass dabei also nicht hochkomplexe Problemlagen mit dem zu groben Zuschnitt von

Metaphern vereinfacht werden und dadurch tatsächliche Lösungswege aus dem Blick geraten. Die Klima-, Renten- oder auch Sicherheitspolitik lassen sich nicht ohne Weiteres in einfache Bilder kleiden. Es schadet, wenn man auf Kosten der vielschichtigen inhaltlichen Substanz einer Fragestellung ihre Greifbarmachung in den Vordergrund rückt. Politische Ehrlichkeit und Seriosität hängen davon ab, dass man dies gerade *nicht* tut. Die großen Reden von Bundespräsidenten beispielsweise sind geprägt von einer intensiven rhetorischen Überformung, vereinfachende Metaphorik findet sich hingegen so gut wie gar nicht.

Die zentrale Frage ist doch, wie viel Zugkraft sachlichen Argumenten noch zuzutrauen ist, wenn Populisten Vereinfachung und Emotion dagegensetzen?

Henning Lobin: Mit scheint es sehr wichtig, Diskursethik weiterhin als eine Grundlage der politischen Auseinandersetzung zu praktizieren. Seit Jahrzehnten versetzt dies die politisch Handelnden in die Lage, Probleme zu lösen – bestimmt nicht immer im Konsens, aber meist auf der Basis von Kompromissen. Selbst wenn es populistische Gegenstrategien gibt: Politische Kommunikation sollte auf Klarheit und Sachlichkeit basieren, andere Positionen ernst nehmen und den Diskurspartner schätzen. Es gibt keine andere Wahl.

Dann ist die politische Kommunikation also auf dem Holzweg, wenn sie

beispielsweise Gesetzen einschmeichelnde Namen gibt? Sie kennen Beispiele: „Gute-Kita-Gesetz“, „Starke-Familien-Gesetz“, „Respektrente“ ...

Henning Lobin: Damit ist man sicherlich auf dem Holzweg. Das sind Namen, bei denen jeder halbwegs verständige Mensch sofort die Framing-Absicht erkennt. Die allerwenigsten Menschen wollen aber so „geframt“ werden – also einer solchen psycholinguistisch mehr oder weniger gut funktionierenden Einflussnahme ausgesetzt sein. Es mag ja sein, dass das zur Mobilisierung der eigenen Leute, vielleicht zur Erinnerung an das ursprüngliche Ziel dieses Gesetzesvorhabens, funktioniert. Aber man setzt sich dem Risiko aus, dass bestimmte Aspekte, die auch in dem Gesetz eine Rolle spielen, in den Hintergrund treten – das ist beim Framing immer so.

SPD-Mitglieder haben mit dem Wort „Starke-Familien-Gesetz“ vermutlich kein Problem, weil sie es bereits aus ihren Ortsvereinsitzungen, Parteipublikationen und Werbematerialien kennen. Aber ich kann mir kaum vorstellen, dass die Wählerinnen und Wähler auf der Straße es über die Lippen bringen. Menschen wollen sich nicht manipulieren lassen. Es ist eine anspruchsvolle redaktionelle Aufgabe, einprägsam zu formulieren, worauf ein Gesetz im Kern abzielt, was damit politisch und rechtlich erreicht werden soll – ohne die Bezeichnung dadurch manipulativ zu infizieren.

*Das Gespräch führte Bernd Löhmann
am 20. Mai 2019.*